

in der Umgebung wohnen. Die Werksangehörigen der Betriebsphase seien hingegen „mit qualitativ gut ausgestatteten Wohnraum“ zu versorgen, überwiegend durch Neubauten auf einer Fläche von mindestens 55 Hektar, „die in den Flächennutzungsplänen zusätzlich vorgehalten werden müssen“.

Schon jetzt fehle es im Landkreis an Kindergärten und Schulen, ermittelte die DWK, an Ärzten und Krankenbetten, Sport- und Freizeiteinrichtungen; der Bedarf werde mit Baubeginn sprunghaft wachsen. Welche Wirkungen der Entsorgungsbetrieb auf die Umwelt haben wird, ist dagegen noch kaum erkennbar.

Durch die Naßkühltürme der Anlage könne es „zur Bildung von Nebelfahnen“ kommen, erklärte die DWK. Auch Restmengen radioaktiver Gase werden durch die Lande wehen. Das schließe aber nicht aus, beteuern die Kraftwerker, daß etwa „die bestehende Bodennutzung wie Ackerbau, Viehhaltung, Milchwirtschaft etc. in der bisherigen Art und Weise grundsätzlich fortgeführt werden kann“.

Einstweilen stehen nur Protestplakate auf dem Gelände, doch das kann sich schnell ändern: Die Atomgesellschaft erhielt dieser Tage die Genehmigung, sogenannte Flachbohrungen zur Untersuchung des Baugrunds in Gorleben anzubringen. Der Bohrbeginn — unter Polizeischutz — steht bevor.

Westdeutsche Umweltschützer rüsten unterdessen nach einem „dezentralen Konzept“ für einen „Drei-Stufen-Widerstand“ in Sachen Gorleben, der bundesweit ablaufen soll. Und auch vor Ort sind die Atomgegner auf dem Sprung: Sie „beobachten alle Zufahrtsstraßen“, halten seit Jahresbeginn ein „Alarmtelefon“ täglich besetzt und warten auf die bevorstehende Bewegung im Gelände.

„Wichtig ist es“, mahnt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, „alle Aktionen so vorzubereiten, daß sie jederzeit anlaufen können.“ In Gorleben, scheint's, wird es heiß werden, lange bevor dort ein Brennstab für überschüssige Kraft sorgt.

WAFFEN-SS

Ungeeigneter Weg

Ehemalige Angehörige der Waffen-SS, die sich in der Hiag organisiert haben, sollen die SPD verlassen, fordern linke Genossen.

Wenn der Pastor Udo Fiebig, derzeit sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, an seine Partei denkt, dann kommt ihm bisweilen ein unchristlicher Fluch über die Lippen. Die SPD solle sich doch endlich abgrenzen, „verdammte noch mal“.

Doch während für gewöhnlich den Genossen eine Abschottung nach links notwendig erscheint, plädiert Fiebig für eine Abkapselung gegen Rechte. Denn der Unterbezirksvorsitzende von Unna hat unter den eigenen Genossen einige Mitglieder der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (Hiag)“ ausgemacht.

Jene Waffen-SS, ein selbständiger Verband neben der Wehrmacht, galt im Zweiten Weltkrieg als Hitlers Elite-truppe. Ihre Mitglieder, Freiwillige und gegen Schluß auch Wehrpflichtige, mußten einen persönlichen Eid auf den NS-Führer ablegen. Hiag-Angehörige, in Kameradschaftsverbänden zusam-

Nach und nach machten die Genossen im Unterbezirk fünf Doppelmitglieder aus — doch wie viele es tatsächlich sind, bleibt offen. Die Hiag will von sich aus keinen namhaft machen. „Die müssen sich schon selber melden“, sagt Hiag/FDP-Spring, der selber nie Schwierigkeiten bei den Liberalen hatte und der in seiner Gemeinde als einziger FDP-Mann im ganzen Land immer direkt ins kommunale Parlament gewählt wurde.

Auch die Hiag/SPD-Mitglieder sehen einstweilen keinen Widerspruch in ihrer Doppelmitgliedschaft. Der Kamerad/Genosse Josef Salm zum Beispiel hat, wie Fiebig meint, „offenbar gar kein Empfinden für diese Frag-



Hiag-Mitglieder am Volkstrauertag (in Hamburg): Kriegsselige Erinnerung

mengefaßt, kommen heute noch regelmäßig zueinander, um kriegsselige Erinnerungen auszutauschen.

Für die Sozialdemokraten kam die Erkenntnis, daß es unter ihnen Hiag-Leute gibt, völlig unvorbereitet. Sie hatten diese Tatsache offenbar verdrängt, nicht nur im Westfälischen. So fielen im vorigen November Genossen auf, darunter ein SPD-Stadtrat aus Radolfzell am Bodensee, weil sie Traditionstreffen der alten Kameraden von einem Bataillon des SS-Regiments „Germania“ mitorganisierten.

In Fiebigs Unterbezirk wurde die Sache mit den Hiag/SPD-Doppelmitgliedschaften erst auf politischen Umwegen publik. Als nämlich in Bönen bei Unna der FDP-Ratscherr Hilmar Spring öffentlich wegen seiner Waffen-SS-Vergangenheit und seiner Hiag-Gegenwart angegriffen wurde, ließ der Landwirt wissen, auch CDU und SPD hätten doch ihre ehemaligen SS-Leute, die in der Hiag organisiert seien.

würdigkeit — er sieht sich als Stamm-tischbruder bei der Hiag und bei uns“.

Weil durch gutes Zureden niemand die Partei — oder wenigstens die Hiag — verlassen wollte, baten die Genossen um ein deutliches Zeichen von oben und schrieben nach Bonn.

Egon Bahr aber, Bundesgeschäftsführer der SPD, hielt „einen Unvereinbarkeitsbeschuß zwischen SPD und Hiag“ für einen „ungeeigneten Weg“: „Mit einem solchen Schritt“, so Bahr, „würde die Partei der Angelegenheit ein unangemessenes Gewicht verleihen“, schließlich habe schon Kurt Schumacher empfohlen, „das Problem differenziert zu betrachten“. Der Nachkriegsvorsitzende und sein Vorstand hatten bereits 1951 das Recht der Waffen-SS-Veteranen anerkannt, „sich zur Vertretung ihrer Versorgungsansprüche“ und „zur Pflege der Kameradschaft zusammenzuschließen“.

Seinerzeit hatte Schumacher den Hiag-Mann Otto Krumm, Ex-General-

major der Waffen-SS, zu einem langen Gespräch empfangen. Der Vorsitzende, so erinnerte sich Krumm später, „diktierte Wehner in meinem Beisein ein Rundschreiben an alle in Frage kommenden Stellen der Sozialdemokratischen Partei“ und empfahl darin, die Beschäftigung ehemaliger Waffen-SS-Leute in Betrieben und Behörden „nicht länger abzulehnen“.

Auch heute räumen Sozialdemokraten ein, daß die Situation in den frühen fünfziger Jahren einen solchen Zusammenschluß nötig gemacht haben mochte. „Inzwischen aber“, sagt der Abgeordnete Fiebig, „sieht das anders aus“ — die Hiag beschränke sich keineswegs auf die satzungsmäßigen „gemeinnützigen und mildtätigen Ziele“, sondern schwelge bei ihren Zusammenkünften in Kriegserinnerungen.

Eine Hiag/SPD-Doppelmitgliedschaft jedenfalls wollen die Sozialdemokraten des Unterbezirks Unna nicht widerspruchslos hinnehmen. Pfarrer Fiebig zweifelt kaum daran, daß der SPD-Bundesparteitag auf Antrag einen Unvereinbarkeitsbeschluß fassen wird.

GESAMTSCHULE

Stärkster Impuls

In Hamburg ließ die SPD Eltern Schulpolitik machen. Ergebnis: 14 neue Gesamtschulen und ein „Kulturkampf von bisher nicht gekanntem Ausmaß“.

Hamburgs Sozialdemokraten hatten gelernt. Weil in Nordrhein-Westfalen Eltern und Lehrerverbände im Verein mit der CDU-Opposition die organisatorische Zusammenlegung kleinerer Schuleinheiten zur leistungsfähigen Kooperativen Schule (Koop) mittels Volksbegehren zu Fall brachten, noch ehe die erste Schule stand, ließen die norddeutschen Genossen von Anfang an die Eltern ran.

Der SPD-Senat befragte im vergangenen Jahr die Eltern von 18 591 Drittklässlern, welchen Schultyp sie denn für ihre Kinder bevorzugen würden, und sah, wie Schulsenator Joist Grolle es formulierte, „alle Erwartungen weit übertroffen“. 21,1 Prozent der Eltern entschieden sich gegen das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) und plädierten für integrierte Gesamtschulen — angesichts des Jahre währenden ideologischen Gerangels um diesen Schultyp eine beachtliche Minorität und für „Die Zeit“ deshalb eine „faustdicke Überraschung“.

Derzeit gibt es in Hamburg neun Gesamtschulen, die als Versuchsschulen eingerichtet sind; in Zukunft sollen es, um den 21 Prozent der Elternschaft gerecht zu werden, 23 sein. Damit kann Hamburg den „stärksten Impuls auf die Gesamtschulentwicklung“ (Grolle)

in der Bundesrepublik reklamieren, allerdings auch heftige Auseinandersetzungen im eigenen Lande.

Denn was einem Fünftel der Eltern fortschrittlich erscheint, kommt anderen Elterngruppen suspekt vor. Seit den Bürgerschaftswahlen im Juni letzten Jahres protestieren Eltern mal gegen, demonstrieren Eltern mal für die Gesamtschule, Elterngremien drohen mit Boykott und Schulrektoren mit Demission — ein, wie die Elterninitiative „Rettet die Schule!“ meint, „Kulturkampf von bisher nicht gekanntem Ausmaß“, der inzwischen auch vor das Bundesverfassungsgericht getragen wurde.

Der Hamburger Rechtsanwalt Hans-Christoph Leo, stellvertretendes rich-

nanzknappheit werden die 14 neuen Gesamtschulen in bestehenden Schulkomplexen, vielfach Gymnasien, eingerichtet — langfristig das Ende dieser Schulen, und das bestreitet auch niemand. Allerdings können überall dort, wo neue Gesamtschulen eingerichtet werden, alle Schüler bis zum Schulabschluß, an den Gymnasien bis zum Abitur, an ihrer Schule bleiben. Nur die ab 1. August nachrückenden Jahrgänge in Klassenstufe fünf werden in Gesamtschulen unterrichtet.

Für die Standorte der neuen Gesamtschulen durften Elternvertreter Vorschläge machen, doch ging es in vielen Fällen schwer durchschaubar oder, wie Wolfgang Seuthe, bis vorletzte Woche Vorsitzender der Hamburger



Demonstration gegen Gesamtschulen in Hamburg: Das Ende der Gymnasien?

terliches Mitglied am Hamburgischen Verfassungsgericht und CDU-Funktionär, legte Verfassungsbeschwerde ein, denn, so seine Begründung, der Gesetzgeber habe zur Verwirklichung der Schulreform seine „Entscheidungskompetenz auf interessierte Eltern verlagert und die Schulverwaltung verpflichtet, Elternwünsche auszuführen“.

Das Hamburger Schulgesetz, das — eine hanseatische Besonderheit — es den Eltern freistellt, für ihre Kinder den weiterführenden Schultyp zu bestimmen und ihnen damit einen Rechtsanspruch auch auf den Gesamtschulbesuch ihrer Kinder zusichert, bevorzugt nach Meinung von Leo die Minderheit der Gesamtschulanhänger zu Lasten der Mehrheit, die weiterhin das bestehende Schulsystem und vor allem die Gymnasien erhalten will.

Denn angesichts rückläufiger Schülerzahlen und zunehmender Fi-

Elternkammer, sagt, „im höchsten Grade unmoralisch zu“. Elternvertreter versuchten beispielsweise mehrfach, die eigene Schule vor der Umwandlung zu bewahren — auf Kosten anderer, die in den Gremien nicht oder nicht so stark vertreten sind. Und wo wirklich einmal alle Betroffenen für die Einrichtung einer Gesamtschule plädierten, entschied häufig die Behörde wegen zu hoher Kosten oder zu langer Schulwege anders.

Heraus kamen, ebensooft mit Beifall wie mit Protest bedacht, für die einen „Kompromisse“, die „den widerstreitenden Interessen Rechnung tragen“ (Grolle), für die anderen der „massivste Eingriff in das Schulwesen nach dem Kriege“ (CDU), eine „Diktatur der Technokraten“, wie ein Elternvertreter sagte.

Die freilich war Schulplanung schon immer. Denn auch der im Schulgesetz